

An die
Vorsitzenden der Landtagsfraktionen

Mein Zeichen: L 2 V

An den
Vorsitzenden des SSW im Landtag

Bearbeiterin:
Elsbeth Stoltenberg

An den
Vorsitzenden
des Sozialausschusses

Telefon (0431) 988-1101
Telefax (0431) 988-1250
elsbeth.stoltenberg@landtag.ltsh.de

nachrichtlich:

An die
Parlamentarischen Geschäftsführerinnen
und Parlamentarischen Geschäftsführer
der Landtagsfraktionen

8. Januar 2013

im Hause

Resolution zur Grundsicherung sowie Finanzierung der Eingliederungshilfe
Schreiben des Kreispräsidenten und der Landrätin des Kreises Plön
vom 11. Dezember 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

oben genannte Schreiben mit Anlage – in Kopie – sende ich Ihnen zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Thomas Schürmann



Kreisverwaltung Plön • Postfach 7 • 24301 Plön

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus

Herrn Landtagspräsidenten Klaus Schlie
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Plön, den 11. Dezember 2012

**Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund sowie zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen
hier: Resolution des Plöner Kreistages vom 29. November 2012**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Schlie,

der Plöner Kreistag hat in seiner Sitzung vom 29. November anliegende Resolution zur Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund sowie zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen an die Landesregierung und den Landtag verabschiedet.

Diese soll die von der Mitgliederversammlung des Schl.-Holst. Landkreistages auf der Tagung vom 01. bis 02. November 2012 in Leck beschlossenen Resolution gegen einen geplanten Einbehalt des Landes von dem Erstattungsbetrag des Bundes an den Ausgaben der Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Kreisverwaltung Plön • Postfach 7 • 24301 Plön

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus

Herrn Landtagspräsidenten Klaus Schlie
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Plön, den 11. Dezember 2012

**Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch
den Bund sowie zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages
im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen
hier: Resolution des Plöner Kreistages vom 29. November 2012**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Schlie,

leider wurde im Schreiben der Landrätin und des Kreispräsidenten vom
11.12.2012 in der Sache vergessen den Resolutionstext beizufügen. Hierfür
entschuldige ich mich. Anbei nun die beschlossene Resolution.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Horst Freitag'.

Horst Freitag

KREIS PLÖN

Resolution zur Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund sowie zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Der Kreis Plön fordert die Landesregierung und den Schleswig-Holsteinischen Landtag nachdrücklich auf, die vom Bund im Rahmen der Gemeindefinanzkommission im Frühjahr 2011 zugesagte und in der Vereinbarung zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Sommer 2012 bekräftigte Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (2013: 75 Prozent; ab 2014: 100 Prozent) voll umfänglich an die Kreise und kreisfreien Städte weiterzuleiten und keinen Abzug der Grundsicherungsaufwendungen des Landes vorzunehmen.

Der Kreis Plön fordert die Landesregierung überdies auf, die Zusage des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages einzufordern, ein neues Bundesleistungsgesetz auf den Weg zu bringen, das nicht nur die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärkt und ihre Inklusion fördert, sondern vor allem in der Finanzverantwortung des Bundes zu einer nachhaltigen Entlastung im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII führt sowie die hierbei entstehende Entlastungswirkung an die Kreise und kreisfreien Städte als Hauptfinanzierer der ambulanten Eingliederungshilfe weiterzuleiten.

Der Kreis Plön fordert die Landesregierung auf, den Fiskalpakt wie beschlossen umzusetzen und die Entlastungen an die Kommunen weiter zu leiten. Der Fiskalpakt hat die Entlastung der kommunalen Ebene zum Ziel, um die kommunalen Finanzen zu konsolidieren. Dort, wo die Kreise die Hauptlasten der Sozialleistungen tragen, werden direkte kommunale Entlastungen dringend gebraucht. Ein Vorenthalten der zugesagten Entlastungen würde die Ziele des Fiskalvertrages konterkarieren.

Begründung:

1. Im Rahmen der Vereinbarung zur Umsetzung des „Regelsatz-Urteils“ des Bundesverfassungsgericht zum SGB II sowie der Gemeindefinanzkommission hat der Bund im Frühjahr 2011 zugesagt, zur finanziellen Entlastung der Kommunen die Aufwendungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII in 2012 zu 45 Prozent, in 2013 zu 75 Prozent und ab 2014 zu 100 Prozent zu übernehmen. Diese Entscheidung ist in der Bund-Länder-Vereinbarung zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Juni 2012 ausdrücklich bestätigt und insoweit ergänzt worden, als die Erstattung durch den Bund auf Grundlage der aktuellen Ausgabewerte erfolgen soll.

Die schrittweise Übernahme der Grundsicherung durch den Bund war nach Auffassung aller Beteiligten lediglich ein „Transportmittel“, um über die Länder bei den Kommunen eine nachhaltige finanzielle Entlastung zu erzeugen. Sie erfolgt hingegen nicht im Interesse einer finanziellen Entlastung der Länder. Es wäre vor diesem Hintergrund auch im Hinblick auf bereits erfolgte erhebliche Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich nicht mit dem Zweck der Übernahme der Grundsicherung durch den Bund vereinbar und mithin nicht akzeptabel, wenn Landesregierung und Landtag in Schleswig-Holstein entsprechend der Aufwendungen des Landes einen Teil der zur Entlastung der Kommunen gedachten Mittel für den Landeshaushalt vereinnahmen würden.

KREIS PLÖN

2. Im Rahmen der Verständigung zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages haben sich Bund und Länder im Juni 2012 zudem darauf verständigt, dass der Bund in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen etablieren wird, das in der Finanzverantwortung des Bundes das bisherige Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ablösen bzw. modifizieren soll. Die entsprechende Zusage des Bundes erfolgte ausdrücklich in Anerkennung des Umstandes, dass die Länder in ihrer Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen bei ihren Haushaltskonsolidierungsbemühungen wegen der expliziten Einbeziehung der kommunalen Verschuldung in die Defizitobergrenze des Fiskalpaktes vor deutlich größere Herausforderungen gestellt werden, als der Bund. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass durch ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen in der Finanzverantwortung des Bundes nicht nur ein Beitrag zur Inklusion und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen geleistet, sondern die dabei entstehende Entlastungswirkung vor allem im Bereich der ambulanten Eingliederungshilfe auch bei den Kreisen und kreisfreien Städten als deren Hauptfinanzierer „ankommt“.

3. Nach der Bund-Länder-Verständigung im Sommer zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags liegt nunmehr ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der zum einen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags eine Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetzes enthält, mit der die bislang nur allgemein formulierten Anforderungen an die Aufstellung der Haushalte von Bund und Ländern mit Blick auf die Einhaltung der nationalen Schuldenbremse wie folgt präzisiert werden soll:
„Das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von Bund Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen darf eine Obergrenze von 0,5 Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten....“
Um diese Obergrenze nicht zu überschreiten, war es als notwendig angesehen worden, die kommunale Seite finanziell zu entlasten. Eine Nicht-Weitergabe der Entlastungen würde diese Ziele konterkarieren. Die Länder tragen im Rahmen des Fiskalvertrags die Verantwortung für ihre Kommunen.

Plön, 29. November 2012